

# HINTERGRUND

## ABSCHOTTUNG

► US-Präsident Donald Trump macht ernst: Er will seine Ankündigungen im Wahlkampf – wonach er die illegale Einwanderung aus Mexiko stoppen, die Zahl der Flüchtlinge reduzieren und einen Einreisestopp für Muslime verhängen werde – gleich in seiner ersten Arbeitswoche in die Tat umsetzen.

Die rund 3150 Kilometer lange Grenze zwischen den USA und Mexiko ist bereits in mehreren Abschnitten auf insgesamt 1000 Kilometern Länge durch meterhohe Zäune und Sperranlagen gesichert.



Gegen die Abschottungspolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump gab es weltweit Proteste – auch vor der US-Botschaft in Mexiko-Stadt. Archivfoto: dpa, Grafik: wrm/sv



# Mauer des Widerstands gegen Trump

**MIGRATION** US-Präsident kündigt Einreisestopp für Muslime an / Abschottung zu Mexiko wird wohl doch mit Steuergeld bezahlt

Von Thomas Seibert, Michael Donhauser und Dennis Düttmann

## Angeblicher Wahlbetrug

WASHINGTON (dpa). US-Präsident Donald Trump will untersuchen lassen, ob es bei der Wahl zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. „Ich werde um eine groß angelegte Untersuchung zu Wahlbetrug bitten“, schrieb Trump auf Twitter. Dabei solle es um Wähler gehen, die in mehr als zwei Staaten registriert seien, illegale Wähler sowie registrierte Wähler, die bereits verstorben seien. Trump hatte zuvor behauptet, es habe zwischen drei und fünf Millionen Stimmen für seine Konkurrentin Hillary Clinton gegeben, die nicht hätten abgegeben werden dürfen. Allerdings: Ein Wahlbetrug in der Dimension, wie von Trump beschrieben, ist rein mathematisch praktisch ausgeschlossen.

WASHINGTON. Billy Alabsi erkennt sein Land nicht wieder. „Das hier ist doch Amerika“, sagt Alabsi, der vor 30 Jahren aus dem Jemen in die USA kam. Jetzt will er seine Mutter nachholen, wie er dem Sender KGO-TV sagte, doch Donald Trumps Plan für einen Einwandererstopp könnte dies unmöglich machen. Knapp eine Woche nach seinem Einzug ins Weiße Haus macht Trump ernst mit seiner Ankündigung, Muslime und Mexikaner aus den USA fernzuhalten. Während die Anhänger des Präsidenten jubeln, formiert sich bei den Gegnern Trumps jedoch eine Mauer des Widerstandes: Das Weiße Haus wird es nicht leicht haben, den populistischen Abschottungskurs durchzusetzen.

Trump kündigte eine Reihe von Dekreten an, mit denen er muslimischen Flüchtlingen, Einwanderern und Besuchern die Einreise verwehren und den Bau der

angekündigten Mauer an der Grenze zu Mexiko einleiten will. Menschen aus Syrien, Iran, Irak, Libyen, Sudan, Somalia und Jemen sollen demnach bis auf Weiteres nicht mehr in die USA gelassen werden; das gilt in manchen Fällen auch für Bürger dieser Länder, die bereits ein Visum haben.

## Drohung gegen „Zufluchtsstädte“

Gleichzeitig will Trump die Zahl der Flüchtlinge, die Amerika in diesem Jahr aufnehmen will, von 110.000 auf 50.000 senken. Die Grenzpolizei wird um 5000 Beamte aufgestockt. Der Präsident will zudem gegen die sogenannten „Zufluchtsstädte“ in den USA vorgehen, die Einwanderern ohne Papiere Schutz gewähren. Das Heimatministerium soll prüfen, auf welche Weise ihnen Bundesmittel entzogen werden können.

Im Wahlkampf hatte Trump häufig gegen angeblich kriminell

le Einwanderer agitiert – jetzt setzt er diesen Kurs um. Zur Unterzeichnung der neuen Entscheidungen hat er die Eltern von Menschen ins Weiße Haus eingeladen, deren Kinder von Immigranten ermordet wurden. Rechtskonservative Amerikaner sind zufrieden. Trumps Stopp für Migranten aus den muslimischen Ländern sei gut und richtig, schrieb der frühere Kongressabgeordnete Joe Walsh auf Twitter: „Wir haben doch gesehen, was sie in Europa angerichtet haben.“ Trump selbst hat den Zuzug syrischer Flüchtlinge in die EU als katastrophalen politischen Fehler von Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet.

Was die Grenzmauer zu Mexiko angeht, machte Trump am Mittwoch Nägel mit Köpfen und unterschrieb ein Dekret, das das Milliardenprojekt vorbereitet. „Ein Staat ohne Grenzen ist kein Staat“, sagte der Präsident am Mittwoch bei einem Besuch des Heimatministeriums in Washington. Noch in diesem

Jahr will er den ersten Spatenstich vollziehen. Selbst Trumps Heimatminister John Kelly, ein ehemaliger General der Streitkräfte, war bisher vorsichtig bei dem Thema. „Eine physische Barriere wird einzig aus sich heraus keine Abhilfe schaffen“, sagte er vor dem Heimatministerium des Senats.

Experten rechnen mit Kosten in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags, wahrscheinlich mehr als 40 Milliarden Dollar, für die Mauer an

den 3200 Kilometer langen Grenze zwischen den USA und Mexiko. Die Grenze führt durch Naturschutzgebiete, über Farmland in Privatbesitz und durch ein Indianerreservat. Nur der Kongress könnte den Ureinwohnern ihr Land wegnehmen, wenn diese nicht von sich aus zustimmen.

Das auch nur ein Teil des Geldes aus Mexiko kommt, sagt Donald Trump seit Monaten öffentlich. Sein Sprecher Sean Spicer erklärte am Mittwoch: „Auf die eine oder andere Art

wird Mexiko zahlen.“ „Natürlich wird Mexiko nicht für die Mauer zahlen“, sagt hingegen Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto.

Heimatminister Kelly wandte sich zudem gegen den Einwandererstopp für Muslime: Es sei „nicht angemessen“, die Religionszugehörigkeit zum alleinigen Kriterium bei der Einwanderung zu machen. Trump-Gegner wollen dieses Argument benutzen, um rechtlich gegen die Anordnungen des neuen Präsidenten vorzugehen. Die amerikanische Verfassung verbiete jede Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugungen, sagte Omar Jadwat vom Bürgerrechtsverband ACLU dem Nachrichtenportal BuzzFeed. Andere Kritiker weisen darauf hin, dass Attentäter wie die vom 11. September 2001 von Trumps Dekret nicht aufgehalten werden könnten, denn sie kamen aus Saudi-Arabien, Ägypten und anderen Ländern, die nicht auf der Liste der vom Zuzugstopp betroffenen Nationen stehen.

## KRUSCHEL ERKLÄRT'S

### VISUM

► Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Gesehenes“. Ein Visum ist also ein sichtbarer Vermerk in einem Reisepass, der dem Pass-Inhaber erlaubt, in ein anderes Land zu reisen. Nicht für alle Länder wird ein

Visum benötigt. Bürger der Europäischen Union zum Beispiel benötigen kein Visum, um Deutschland zu besuchen. Bürger aus vielen anderen Ländern aber schon. Diese Menschen müssen die Deutsche Botschaft in ihrem Land aufsuchen und eine Einreiseerlaubnis für Deutschland beantragen.

► Mehr von Kruschel gibt es unter [www.kruschel.de](http://www.kruschel.de)

# Mobilisierung gegen „die da oben“

**RECHTSPOPULISMUS** Politologe Marcel Lewandowsky zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Europa

HOHENSTEIN. „Populisten geben sich als Anti-Politiker, was man am Beispiel Trump gut sehen kann“, sagt der Politologe Marcel Lewandowsky. Am 5. Februar stellt er das Thema Rechtspopulismus in den Mittelpunkt eines Vortrages in Hohenstein (Rheingau-Taunus-Kreis).

## INTERVIEW

Herr Lewandowsky, Ihr Vortrag befasst sich mit dem Rechtspopulismus in Europa und den USA. Was unterscheidet diese Strömungen auf beiden Seiten des „Großen Teichs“?

Die US-amerikanischen sind mit den europäischen Parteien schwer zu vergleichen. Die Strukturen der Parteien in den USA sind sehr offen. In Deutschland etwa wäre kaum denkbar, dass ein Außenseiter wie Trump auf dem Ticket einer großen Partei für das höchste Amt im Staate kandidiert. Trump folgt zum Teil einer konsistenten Politik, zum

anderen besteht sein Programm aus recht beliebigen Versatzstücken. Er erinnert darin eher an Silvio Berlusconi als an Geert Wilders, den Vorsitzenden der niederländischen Partei voor de Vrijheid. Nach allem, was man weiß, ist Trump kein Ideologe. Die rechtspopulistischen Parteien in Europa sind deutlich stärker programmatisch fixiert, auch wenn zwischen den Parteien – insbesondere zwischen West- und Mitteleuropa – gewisse Unterschiede bestehen. Man wird ein finales Urteil aber gerade aufgrund seiner schillernden Persönlichkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt, womöglich erst in der Retrospektive treffen können.

## Und was sind aus Ihrer Sicht die Gemeinsamkeiten?

Die Gemeinsamkeiten liegen in der für populistische Bewegungen typischen Anti-Establishment-Haltung. Der gemeinsame Nenner dieser Gruppierungen ist die Mobilisierung gegen „die da oben“, denen unterstellt wird, die „wahr-

ten“ Interessen des Volkes aus den Augen verloren zu haben oder gar nicht erst berücksichtigen zu wollen. Populisten geben sich als Anti-Politiker, was am Beispiel von Donald Trump gut zu sehen ist. Der Habitus wird aber auch von Vollblutpolitikern wie dem PPO-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, Geert Wilders oder Marine Le Pen an den Tag gelegt.

## Sehen Sie ein vereinigtes Europa durch den Rechtspopulismus in Gefahr?

Rechtspopulisten sehen zum einen die Souveränität der Nationalstaaten durch die EU bedroht, zum anderen die kulturelle Identität der Nationen durch vermeintliche „Masseneinwanderung“, vor allem durch Muslime. Mit dieser Formel gelingt es ihnen derzeit, eine große Zahl von Wählern jenseits des klassischen rechtsradikalen Spektrums anzusprechen. Kommen Rechtspopulisten in europäischen Schlüsselländern an die Macht, etwa in Frankreich, so dürften weitere

Austritte aus der EU dort zumindest ernsthaft in Betracht gezogen werden. Das würde die EU natürlich enorm schwächen.

## Welche Gegenstrategien gibt es?

Die Forschung unterscheidet im Wesentlichen vier Gegenstrategien gegenüber den Rechtspopulisten: Ignorieren, Stigmatisieren, Kooptieren und Kollaborieren. Al-

le Strategien sind in der Praxis bereits getestet worden, etwa durch die Einbindung der FPÖ in die österreichische Regierung, ebenso etwa in Finnland, oder auch Tolerierungsmodelle wie im Falle Dänemarks und der Niederlande. In Deutschland und Frankreich reagiert man eher mit Versuchen, die Parteien zu dämonisieren. Wir sehen zugleich, dass die Wahl-

ergebnisse der Rechtspopulisten in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Mit anderen Worten: Es gibt keine „Zauberformel“ gegen die Rechtspopulisten.

## Und Stigmatisierung?

Bewährt hat sich der Versuch der Stigmatisierung zumindest in Deutschland, gar gegenüber rechtsextremen Parteien wie der NPD. Sie scheitert aber im Falle der AfD, die zwar radikal auftretende Persönlichkeiten wie Björn Höcke in ihren Reihen duldet, aber insgesamt nach wie vor relativ bürgerlich auftritt. Das Grundproblem ist dieses: Wenn die etablierten Parteien die Rechtspopulisten vom politischen Diskurs ausschließen, gar moralisch argumentieren, bedienen sie genau die Erwartung, die deren Sympathisanten gegenüber „denen da oben“ hegen. So können Rechtspopulisten wieder den Schulterschluss mit denen suchen, die vom „Establishment“ enttäuscht sind. Ethisch ist diese Haltung also nachvollziehbar –

## Wie ist Ihre Prognose für die Bundestagswahl 2017?

Prognosen sind wissenschaftlich nie ganz unproblematisch. Angesichts der stabilen Umfragewerte ist es sehr wahrscheinlich, dass die AfD in den Bundestag einziehen wird. Dann kann womöglich ein „österreichisches Problem“ auftreten: Eine starke AfD-Fraktion verhindert, dass es was anderes gebildet werden kann als eine Große Koalition. Das allerdings ist eine Konstellation, von der Rechtspopulisten profitieren: Es mangelt an einer großen Oppositionspartei, Sozialdemokraten und Konservative werden sich in der Wahrnehmung vieler Bürger noch ähnlicher. So könnte sich die AfD unter diesen Voraussetzungen als einzige „Alternative“ inszenieren und weiter profitieren.

Das Interview führte Birgitta Lamparth.



Der Hamburger Politologe Marcel Lewandowsky ist Spezialist für internationale Politikstrategien. Foto: René Schmeizer